

USA/CHINA

## Cyber-Angriff auf Regierung

Der neuerliche Hacker-Angriff auf Hunderte Google-Mail-Konten von US-Regierungsbeamten belastet die Beziehungen zwischen den USA und China. Offenbar waren auch Mitarbeiter aus dem Weißen Haus betroffen. US-Außenministerin Clinton sprach von einem „sehr ernst“ Vorfall und beauftragte das FBI mit Ermittlungen. Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums wies die Vorwürfe als „unbegründet und mit offensichtlichen Hintergedanken“ zurück, chinesische Militärs warfen den USA vor, selbst einen „Internetkrieg“ vorzubereiten. Google hatte zuvor ungewöhnlich offen erklärt, die Spuren der Angriffe auf die E-Mail-Postfächer ließen sich in die Stadt Jinan in der chinesischen Provinz Shandong zurückverfolgen. Dort gibt es nicht nur eine Cyber-Spionage-Einheit der Volksarmee, sondern auch eine Berufsschule, die IT-Fachkräfte für das Militär ausbildet. Sie war schon bei der letzten bekanntgewordenen Angriffswelle auf Google im Dezember 2009 ins Visier der Ermittler geraten. Ein von WikiLeaks veröffentlichter US-Botschaftsbericht vom Januar 2010 zitiert eine „gut platzierte“ Quelle mit der Information, die chinesische Regie-



Hu Jintao, Obama

rung habe die damaligen Angriffe auf Google „koordiniert“. Im aktuellen Fall erhielten die Betroffenen eine Mail aus einer scheinbar vertrauenswürdigen Quelle. Wenn sie auf den enthaltenen Link klickten, wurden sie auf eine täuschend echt aussehende Gmail-Startseite geleitet, die ihr Passwort abfragte. Mit dem Passwort konnten die Angreifer den Account überwachen und eingehende Mails auf eigene Accounts umleiten. Neben den US-Beamten waren auch südkoreanische Beamte, Menschenrechtler und Journalisten im Visier der Angreifer. Das Pentagon will künftig schwerwiegende Cyber-Angriffe als „kriegerischen Akt“ einstufen.

NATO

## Reform in Gefahr

Ehrgeizige Sparpläne von Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen könnten scheitern. Der Däne hatte angekündigt, das Bündnis zu verschlanken. Die Nato-Verteidigungsminister hatten das zunächst begrüßt, konkrete Vorschläge Rasmussens stoßen jetzt jedoch auf Widerstand. So werden entgegen den Planungen wohl alle 14 Nato-Agenturen bestehen bleiben. Selbst die Amerikaner, Mitinitiatoren der Reform, sind auf Distanz gegangen, weil die Pläne auch Prestigeprojekte wie Cyber-Verteidigung und den Aufbau einer gemeinsamen Raketenabwehr zurückwerfen würden. Auch bei der Reform der Kommandostruktur ist bisher kein Durchbruch gelungen. So sollte eines der drei Joint-Force-Hauptquartiere eingespart werden. Rasmussen hat für das Treffen der 28 Verteidigungsminister in dieser Woche nun einen letzten Vorschlag vorgelegt. Danach sollen die Portugiesen auf ihr Hauptquartier verzichten und die Holländer und Italiener ihres behalten. Brunssum in den Niederlanden ist wegen des Afghanistan-Einsatzes unverzichtbar; von Neapel wird der Libyen-Einsatz gesteuert. Die Portugiesen wollen auf den Vorschlag aber nicht eingehen. In Brüssel geht man daher davon aus, dass beim Gipfel allenfalls eine „Reform light“ herauskommen könne.



Siedlung Efrat im Westjordanland

ISRAEL

## Preis der Besatzung

Die Kosten der israelischen Siedlungen, die in den vergangenen Jahrzehnten im Westjordanland gebaut wurden, Ostjerusalem ausgenommen,

wurden nun erstmals nachvollziehbar geschätzt: 13 Milliarden Euro sollen sie wert sein. Privathäuser, Schulen und Stromleitungen, all das ist eingeflossen in diese Summe, die das Zentrum für Politische Ökonomie in Tel Aviv jetzt ermittelt hat. Ein gigantischer Betrag, der noch größer würde, rechnete

13

Milliarden Euro

kosten Israels  
Häuser jenseits der  
Grünen Linie.

man dazu, was der Staat für die Sicherheit der Siedler ausgibt, für Verbindungsstraßen und für Subventionen der Gemeinden. „Die wahren Ausgaben für das Siedlungsprojekt liegen wohl insgesamt noch einige Milliarden Euro höher“, sagt Roby Nathanson, der Direktor des Instituts. Aus politischen Gründen will die Regierung nicht, dass der finanzielle Umfang des Siedlungsprojekts nachvollziehbar ist. Für seine Inventur hat Nathanson alle verfügbaren Daten zusammengeführt, und wo sie nicht vorhanden waren, errechnete eine Software anhand von Luftaufnahmen die Baukosten. Ziel war, zu beziffern, wie viel eine Entschädigung der Siedler kosten würde. Das ist vor allem für Gemeinden östlich des Sperrwalls und außerhalb der Siedlungsblöcke relevant, in denen 73 000 Menschen leben, die wohl umgesiedelt werden müssten. „Für jeden der rund 20 000 Haushalte wären je 200 000 Euro Entschädigung zu zahlen“, sagt Nathanson.